

Die Transformation der Klimakrise und die Grenzen des Wachstums

Ökobonus für Afrika

Die Kosten und Nutzen des Klimawandels können nicht allein mit wirtschaftlichen Berechnungen abgebildet werden. Die Studien der Klimaökonomik greifen daher oft zu kurz. Gefragt ist eine globale Wende der Klimapolitik, die Treibhausgasemissionen verringert, die Wachstumsstagnation überwindet und sozialen Ausgleich schafft.

Von Felix Ekardt

Der Klimawandel ist vielleicht das größte Problem des 21. Jahrhunderts. Gleichwohl wurde Ende 2009 in Kopenhagen kein entschlossener globaler Klimavertrag zwischen den Staaten vereinbart. Dabei sind die Emissionen seit 1990 global um 40 Prozent gestiegen. Auch in den Industrieländern sind sie nur dank der Industriezusammenbrüche 1990 in Osteuropa und dank der massiven Verlagerung von Produktionsstätten in die Schwellenländer stabil oder leicht gesunken. So oder so ist das absolute Emissionsniveau unverändert hoch. Aktuell liegen Amerikaner bei 20, Deutsche bei euphemistisch errechneten zehn und Chinesen bei vier Tonnen Kohlenstoffdioxid jährlich pro Kopf, was der Wirksamkeit der vielen Klimapolitikinstrumente kein gutes Zeugnis ausstellt.

Die Klimanaturwissenschaft spricht als weltweites Ziel jedoch von etwa minus 80 Prozent Emissionen bis 2050. Die aktuellen etwa 0,5 Tonnen pro Kopf in Afrika würden damit das globale Pro-Kopf-Ziel sein müssen, will man gravierende ökonomische Kosten, gewaltsame Auseinandersetzungen um ausgehende Ressourcen wie Wasser, fruchtbare Böden und Öl und gegebenenfalls Millionen Tote noch abwenden. Und gefährdet die Menschheit die klimatische Grundlage ihrer Existenz, erübrigen sich Gedanken über Finanzkrisen, Arbeitsplätze und anderes mehr.

Die Grenzen der Klimaökonomik...

Welches Maß an Klimaschutz wäre aber das richtige, wenn dieses Jahr in Bonn und Mexiko die Politik erneut über ein völkerrechtliches Klimaabkommen verhandelt? Genau das möchte die Klimaökonomik, die als einzige Sozialwissenschaft auch im Zwischenstaatlichen Ausschuss für Klimaänderungen (IPCC) vertreten ist und die die Klimapolitikberatung bisher dominiert, in Geld ausrechnen. Sie folgt der methodischen Linie von möglichst wenig Klimaschäden, aber bitte nur, wenn die da-

für nötige Klimapolitik nicht übermäßig viel kostet und möglichst noch andere monetäre Vorteile hat, wie zum Beispiel Wirtschaftswachstum. Viele Ökonomen empfehlen deshalb weniger als die erwähnten 80 Prozent Emissionsreduktion weltweit. Das klingt zunächst plausibel. Diese übliche ökonomische Kosten-Nutzen-Analyse neoklassischer Ökonomen hat dennoch ein Problem. Hinter ihren klaren Zahlen verbergen sich komplexe Annahmen hinsichtlich der Fakten und hinsichtlich bestimmter normativer Aussagen. Sind diese Annahmen falsch, ist auch das Ergebnis keineswegs so objektiv und rational, wie Ökonomen anzudeuten pflegen.

Natürlich hat die bekannteste Kosten-Nutzen-Analyse zum Klimawandel, Nicholas Sterns in Politik und Medien massiv rezipierter Report von 2006, den ökonomischen Nutzen der Klimapolitik zunächst unterstrichen. Energieeffizienz, erneuerbare Energien und der Ausstieg aus Kohle und Öl können die Energieversorgung und stabile Energiepreise dauerhaft sichern und die Abhängigkeit von schwindenden fossilen Brennstoffen aus Krisenregionen wie dem Nahen Osten beenden. Klimaschutz spart oft schon kurzfristig Geld, wie beispielsweise bei der Wärmedämmung und sichert neue Märkte und Arbeitsplätze. Erst recht wäre langfristig ein Klimawandel mit Ernteausfällen, Stürmen, entvölkerten Landstrichen oder Migrationsströmen um ein Mehrfaches teurer als eine wirklich einschneidende Klimapolitik.

...und die Grenzen des Wachstums

Das erste Problem ist aber, dass sehr viele Klimaökonomien trotzdem die drohenden Klimaschäden unterschätzen. Wer wie Nicholas Stern global nur 50 Prozent fordert, oder wie William Nordhaus noch weniger, droht große Klimaschäden in Kauf zu nehmen. Ökonomen stützen damit gerade die aktuelle, eher unambitionierte Klimapolitik.

Das zweite Problem ist, dass Klimaökonomien Klimaschäden meist teilweise durch Wirtschaftswachstum ausgleichen möchten. Doch die Idee unendlichen Wachstums stößt in einer endlichen Welt irgendwann an Grenzen; die Frage ist allenfalls wann. Vielmehr ist die Wachstumsstagnation selbst eine Hauptursache für den Klimawandel. Auch wenn wir massiv Solarenergie nutzen, bleiben die sonstigen Ressourcen dieser Welt endlich. Eine Wachstums-Welt, in der nicht nur arme Inder und Afrikaner, sondern auch Europäer und Amerikaner ewig immer reicher werden, kann es so kaum geben. Außerdem macht steigender Wohlstand, der meist auch mehr Klimagase freisetzt, das rasche Erreichen einer beinahe Null-Emissions-Wirtschaft

nahezu unmöglich, weil selbst bei steigender Energieeffizienz und erhöhtem Einsatz erneuerbarer Energien die Klimagaseinsparungen dann teilweise oder ganz durch Emissionszuwächse aufgezehrt werden; der sogenannte Rebound-Effekt. Vielleicht ist endloses Wachstum ohnehin, wie es die psychologische Glücksforschung nahelegt, gar nicht erstrebenswert. Sind die im Schnitt viel ärmeren Brasilianer wirklich im Schnitt unglücklicher als die Deutschen?

Das dritte Problem ist, dass wesentliche Kosten und Nutzen des Klimawandels ökonomisch nicht abbildbar sind. Millionen Tote und Ressourcenkriege um Wasser würden zwar auch ökonomische Kosten auslösen. Es ist aber offenkundig, dass das eigentlich Fatale an solchen Entwicklungen mit dem Hinweis auf Kriegs- und Krankenhauskosten nur zu einem Bruchteil erfasst wird. Da hilft es auch wenig, wenn Ökonomen diese weichen Faktoren oft doch noch zu Geld machen, indem sie die hypothetische Zahlungsbereitschaft der Menschen fürs stabile Klima und ihr eigenes Überleben in die Kosten-Nutzen-Analyse einbeziehen. Denn es gibt keinen Markt, der uns sagt, was ein Leben kostet. Überdies ist die Zahlungsbereitschaft naturgemäß durch die Zahlungsfähigkeit beschränkt. Soll etwa Bill Gates' Leben viele Milliarden Dollar zählen, das Leben eines Bangladeschis dagegen vielleicht einen Dollar, weil er einfach über nicht mehr Geld verfügt? Nur weil dessen Leiden erst in einigen Jahrzehnten liegt, zählt es außerdem nicht weniger, auch wenn Ökonomen das als Diskontierung meist zugrunde legen.

Das vierte Problem ist, dass wenn man schon rechnet, man wenigstens versuchen sollte die wirklich monetären Kosten vollständig anzugeben. Wo aber sind in ökonomischen Modellen die Kosten der Ressourcenkriege, die bei einer zu zögerlichen Klimapolitik durch schwindende Brennstoffe und Lebensgrundlagen drohen? Dabei wären Konflikte um Öl und Wasser schon rein monetär so teuer, dass selbst die radikalste Klimapolitik kaum mithielte.

Die Freiheit der Nicht-Konsumenten

Man kann jetzt indes als liberal-demokratischer, vor allem den Staat als Freiheitsgefahr sehender und primär das Hier und Heute fokussierender Verfassungsrechtler fragen: Warum überlassen wir all dies nicht dem Belieben der Konsumenten? Wenn uns Urlaubsflüge und Autofahrten nun einmal mehr Geld wert sind als Klimaschutzmaßnahmen? Das Problem ist aber eben, dass Freiheit nicht nur die Freiheit zahlungskräftiger Konsumenten ist, sondern auch die Freiheit der Bangladeschis und künftiger Generationen, die beide heute am freien Markt mangels Kaufkraft kaum präsent sind. Das auszublenden, erscheint eher irrational, also genau das, was viele Ökonomen gern allen anderen vorwerfen.

Man kann die richtige Klimapolitik also nur teilweise ausrechnen. Wer vorgibt, mehr zu können, schadet auch der Demokratie, denn die scheinbar exakten klimaökonomischen Aussagen erwecken leicht den Eindruck, die Politik sei völlig irrational, wenn sie bestimmten Ökonomen nicht folge. Statt

Mainstream-Politik wie die Klima-Volkswirte favorisieren Klima-Betriebswirte oft gar anstelle neuer globaler Klimaverträge primär freiwillige unternehmerische Klima-Aktivitäten. Solche Aktivitäten sind sicher zu begrüßen. Wie aber soll der zumeist eigennützige Mensch, den gerade Ökonomen zumeist diagnostizieren, rein freiwillig die Emissionen fast auf Null senken? Klima-Volkswirte sagen zu recht, dass das Klima vordergründig kostenlos erscheint und deshalb zu stark genutzt wird. Das ändern wir nur, indem wir weltweit Politik machen, gewaltenteilig-demokratisch Freiheitsphären untereinander abwägen, statt sie zu quantifizieren, und rechtliche Steuerungsinstrumente entwickeln.

Für ein neues globales Klimaschutzrecht

Die globale Klimapolitik droht dennoch, gemessen am 80-Prozent-Ziel, in einem neuen Klimaabkommen 2010 ihre Defekte fortzuschreiben. Es drohen zu wenig ambitionierte Ziele für Industrieländer und eher vage Ziele für Schwellenländer wie China oder Indien, wenig Sanktionen im Falle der Zielverfehlung, viele Schlupflöcher, zu wenig Geld gegen die globale Armut, die durch den Klimawandel befördert wird, ohne dass die Opfer dessen Hauptverursacher wären sowie unterfinanzierte Fonds statt klare Hilfsansprüche der Entwicklungsländer. Rein nationaler Klimaschutz wäre die falsche Antwort; sonst sparen die einen Brennstoffe, die die anderen dann verbrennen. Wir brauchen also eine echte globale Klimawende. Sie könnte etwa wie folgt aussehen:

- Die Klimagasemissionen könnten global strikt begrenzt und dann auf alle Staaten anhand ihrer Bevölkerungszahl aufgeteilt werden. Jeder Mensch zählt dabei gleich viel.
- 0,5 Tonnen mal Einwohnerzahl, das ergäbe für 2050 die zulässigen Emissionen in einem Staat.
- Beginnen könnte man jetzt mit dem globalen Durchschnitt von fünf Tonnen pro Mensch. Das zulässige Maß müsste dann in vielen kleinen Schritten jährlich absinken.
- Wenn etwa westliche Länder mehr Treibhausgase ausstossen wollten, müssten sie südlichen Ländern, die heute deutlich unter fünf Tonnen liegen, überschüssige Emissionsrechte abkaufen. Diesen Staaten-Emissionshandel gibt es schon heute, aber ohne den Süden und mit unambitionierten Zielen im Westen.
- Die Entwicklungsländer bekämen übergangsweise mehr als fünf Tonnen pro Kopf und der Westen entsprechend weniger, um die historische Verursachung des Klimawandels durch den Westen teilweise auszugleichen. So könnten sie noch mehr verkaufen und verdienen. Das würde Entwicklung ermöglichen, Klimaschutz und Klimawandelfolgen finanzieren und trotzdem langfristig die Klimagase begrenzen.
- So würde neben dem Klimaschutz auch das zweite globale Megaproblem angegangen: nicht die Finanzkrise, sondern die globale Armut.
- Eine globale Institution, etwa das bereits bestehende UN-Klimasekretariat in Bonn, müsste die Emissionsreduktionen →

strikt überwachen und gegebenenfalls auch mit strengen Sanktionen durchsetzen.

- Die nach dem Staaten-Emissionshandel pro Staat oder Kontinentalzusammenschluss wie der Europäischen Union (EU) vorhandene jährliche, sinkende Menge an Emissionsrechten müsste mittels eines umfassenden innerstaatlichen oder innereuropäischen Emissionshandels unter den Kohle-, Gas- und Öl-Unternehmen durch eine Auktion weiterverteilt werden. Jeder Importeur oder Verkäufer von fossilen Brennstoffen dürfte die sich aus diesen Brennstoffen ergebenden Treibhausgasemissionen bei allen Bürgern nur noch ermöglichen, wenn er Emissionsrechte besitzt. Anders als der bisherige EU-Emissionshandel nur für einige Industriesektoren und mit laschen Zielen würden damit nahezu sämtliche Klimagasemissionen erfasst. Denn über die Primärenergie bildet man Produktion und Konsum quasi insgesamt ab. Vieles an Klima-Bürokratie könnte im Gegenzug wegfallen.
- Die Primärenergieunternehmen würden ihre Ersteigerungskosten für die Emissionsrechte gleichmäßig über Produkte, Strom, Wärme und Treibstoff an die Endverbraucher weitergeben. Umgekehrt würde der Staat respektive die EU die Versteigerungs-Einnahmen als Ökobonus pro Kopf an alle Bürger verteilen.
- Auch die ebenfalls klimaschädlichen Sektoren Landwirtschaft und grenzüberschreitender Luft- und Schiffsverkehr müssten einbezogen werden, ebenso wie die Entwaldung, etwa im Regenwald.

So senkt man den globalen Treibhausgasausstoß und die Nutzung fossiler Brennstoffe schrittweise und rapide. So fördert man zugleich neue Wirtschaftszweige, immunisiert sich gegen explodierende Öl- und Gaspreise und vermeidet die langfristigen drastischen Klimawandelkosten. Nebenbei würde der Ansatz der Demokratie dienen. Klimapolitik würde für die Bürger wieder verständlich und damit diskutierbar. Momentan ist

die Vielfalt unzureichender, zum Teil auch widersprüchlicher Klimaschutznormen dagegen selbst Bundestagsabgeordneten meist nicht verständlich.

Dass die Industriestaaten durch den Emissionsrechtekauf Geld aufbringen müssten, wäre gerecht. Denn pro Kopf emittiert ein Europäer immer noch ein Vielfaches eines Chinesen oder Afrikaners. Außerdem wären die Entwicklungsländer und künftige Generationen die Hauptopfer des Klimawandels, den primär der Okzident verursacht hat. Zugleich hilft der Ökobonus den sozial Schwächeren im Okzident. Der Ökobonus wäre ja pro EU-Bürger gleich hoch; und wer wenig Energie und Produkte konsumiert, also gerade sozial Schwächere, bekäme die weitergegebenen Kosten des Emissionshandels nur wenig zu spüren. Energie bliebe so für jeden bezahlbar.

Dies gilt, obwohl der Ökobonus im Verhältnis zu den unverteilteten Emissionshandelskosten im Okzident niedrig und in südlichen Ländern hoch wäre. Denn die Emissionshandelskosten zwischen den Staaten würden zum südlichen Ökobonus dazuaddiert und vom westlichen Ökobonus subtrahiert. Das wäre der Finanztransfer in den Süden; soziale Verwerfungen würden so hierzulande und global vermieden, aber auch langfristig die soziale Katastrophe Klimawandel.

■ AUTOR + KONTAKT

Dr. Felix Ekardt ist Professor für Umweltrecht und Rechtsphilosophie an der Universität Rostock und leitet die Forschungsgruppe Nachhaltigkeit und Klimapolitik.

Felix Ekardt, Universität Rostock.

E-Mail: felix.ekardt@uni-rostock.de,

Internet: <http://www.sustainability-justice-climate.eu>



Briefe zur Interdisziplinarität

Geistes-, Natur-, Ingenieur- und Sozialwissenschaften, Kunst & Handwerk im Dialog

im oekom verlag, München. Mehr Informationen unter www.oekom.de/briefe-zur-interdisziplinaritaet



05
Juni 2010

Schwerpunkt in Heft 05:
Zeit



Andrea von Braun Stiftung

voneinander wissen

oekom
verlag

Briefe zur Interdisziplinarität ist eine Publikation der Andrea von Braun Stiftung, Düsseldorf. Mehr Informationen zur Stiftung und ihren Zielen finden Sie unter www.avbstiftung.de

Lizenzhinweis

Die Beiträge in *Ökologisches* Wirtschaften werden unter der Creative-Commons-Lizenz "CC 4.0 Attribution Non-Commercial No Derivatives" veröffentlicht. Im Rahmen dieser Lizenz muss der Autor/Urheber stets genannt werden, das Werk darf nicht bearbeitet, abgewandelt oder in anderer Weise verändert und außerdem nicht kommerziell genutzt werden.

Die digitale Version des Artikels bleibt für zwei Jahre Abonnent/innen vorbehalten und ist danach im Open Access verfügbar.